

PROTOKOLL

über die 32. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Dienstag, den 21. Dezember 1954, um 16.00 Uhr im Rathaus, I. Stock rückwärts, großer Sitzungssaal.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

Vorsitzender:

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher

die Bürgermeister-Stellvertreter:

Gottfried Koller, Anton Neumann, Franz Paulmayr

die Stadträte:

Franz Enge, Josef Fellingner, August Moser, Vinzenz Ribnitzky,
Hans Schanovsky, Friedrich Stahlschmidt, Ludwig Wabitsch

die Gemeinderäte:

Johann Bodingbauer, Ferdinand Eygruber, Johann Ebmer,
Karl Fischer, Vinzenz Franek, Rudolf Fürst, Josef Hochmayr,
Franz Hofmann, Maria Huemer, Karl Kokesch, Josef Krenn,
Johann Moser, Alois Maurer, Dipl.-Ing. Johann Pönisch, Jo-
hann Raab, Karl Riha, Michael Sieberer, Franz Schmiedber-
ger, Josef Schierl, Georg Wechselberger, Franz Zöchling.

Vom Amte:

Magistratsdirektor Dr. Karl Enzelmüller
Rechnungsdirektor Franz Liska

Protokollführer:

KO. Maria Kanitz.

TAGESORDNUNG:

Berichterstatter Stadtrat Hans Schanovsky:

Ha - 5774/54

Pers - 1017/54

Voranschlag 1955.

Gewährung einer einmaligen Vergütung an Magistratsbedienstete für Mehrdienstleistungen.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie und eröffne die heutige Gemeinderatssitzung. Zu Protokollprüfern werden bestimmt: Kollegen Dipl.-Ing. Johann Pönisch und Karl Kokesch. Entschuldigt sind: St.-R. Georg Lautenbach, die Gemeinderäte Gast, Knaller und Kalss.

Meine Damen und Herren, der Landtagsabgeordnete und Gemeinderat Josef Pöschl ist durch Tod aus unserem Kreis ausgeschieden. Sie haben bereits durch das Erheben von Ihren Sitzen in der letzten Gemeinderatssitzung Ihre Anteilnahme bekundet; ich danke Ihnen nochmals.

Die Fraktion der SPÖ hat mit einer Zuschrift vom 10. November 1954 an seine Stelle den Angestellten Rudolf Fürst nominiert. Auf Grund des § 15, Abs. 3 des Gemeindestatutes hat die neu berufene Person das Gelöbnis abzulegen. Ich begrüße hiermit Herrn Kollegen Fürst und bitte ihn, zu geloben, die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten und der Stadt Steyr die Treue zu halten.

Gemeinderat Rudolf Fürst: Ich gelobe.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Danke; ich hoffe, einen eifrigen Mitarbeiter gefunden zu haben.

Die Tagesordnung ist bekannt. Ich bitte, den Punkt „Gewährung einer einmaligen Vergütung an Magistratsbedienstete“ vorerst behandeln zu dürfen. Bitte, Herr Kollege Schanovsky, wollen Sie darüber referieren.

Berichterstatter:

Stadtrat Hans Schanovsky:

Pers - 1017/54 Gewährung einer einmaligen Vergütung an Magistratsbedienstete für Mehrdienstleistungen

Sehr verehrter Gemeinderat!

Das finanzielle Ergebnis des Jahres 1954 können wir als günstig bezeichnen. Die Aufgaben, die unsere Verwaltung zu erfüllen hatte, waren umfangreich; sie wurden zur Zufriedenheit erledigt. Deshalb stellt Ihnen der Finanz- und Rechtsausschuß folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, jenen Magistratsbediensteten, die durch die im Jahre 1954 erforderliche Mehrdienstleistung infolge Ausweitung des Haushaltes mitbelastet wurden, eine einmalige Vergütung zu gewähren.

Hiefür wird der Betrag von

S 200.000.—

bewilligt. Die Verrechnung hat bei V. P. 010-14 o. H. als überplanmäßige Ausgabe zu erfolgen.“

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Es erfolgt kein Einwand, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bevor wir in die Budgetberatung eingehen, möchte ich Sie unterrichten, daß der formellen Kundmachung betreffend Auflage des Voranschlages zur öffentlichen Einsichtnahme Genüge geschehen ist. Der Entwurf des Voranschlages der Stadt Steyr über die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1955 lag zwei Wochen, und zwar in der Zeit vom

6. bis einschließlich 20. Dezember 1954 in der Magistratsdirektion im Rathaus, II. Stock rückwärts, Zimmer Nr. 66, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Hievon erfolgte gemäß § 46, Abs. 3 des Gesetzes vom 18. 3. 1930, LGBl. für O.-Ö. Nr. 13/1930 (Gemeindestatut für die Stadt Steyr) die Verlautbarung.

Ein Amtsvermerk zu dieser Kundmachung besagt:

„Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1955 ist während der Zeit vom 6. 12. bis 21. 12. 1954 aufgelegt. Es wurden gegen den Voranschlag keine Erinnerungen vorgebracht, die bei der Beratung in Erwägung zu ziehen wären.“

Also, den formellen Vorschriften ist Genüge geschehen und nun bitte ich den Herrn Finanzreferenten zum Wort.

Zwischenruf Stadtrat August Moser:

Herr Bürgermeister, darf ich zu dieser Sache eine Anfrage stellen? Mir ist bekannt, daß zum Voranschlag eine Erinnerung von Herrn Ing. Linsemayr an den Herrn Bürgermeister geschickt wurde. Ist diese nicht eingelangt?

Bgm. Ing. Steinbrecher: Zu Mag.-Direktor Dr. Enzelmüller gewandt: Nein; es ist uns nichts bekannt und auch nichts zugegangen.

Stadtrat August Moser:

Ich glaube, der Herr Bürgermeister hat in der letzten kombinierten Sitzung des Stadtrates und des Finanz- und Rechtsausschusses erwähnt, daß man einige Monate vor dieser Sitzung...

Zwischenruf Bgm. Ing. Steinbrecher:

Nein, Herr Kollege, das waren Anregungen. Dieselben Anregungen, die Sie im Finanz- und Rechtsausschuß vorgebracht haben. Erinnerungen sind eigentlich Einsprüche, nicht wahr, Herr Magistratsdirektor?

Mag.-Direktor Dr. Enzelmüller:

Ja, und solche sind nicht eingelangt.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Das sind keine Einsprüche gewesen. Die Anregungen, die in der Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses vorgebracht wurden, sind keine Einsprüche, sondern eben nur Anregungen und Ergänzungen, die aber den Voranschlag nicht umwerfen.

Stadtrat August Moser:

Ja umwerfen nicht, die aber zu beachten wären; das ist ja auch im Sinne des Erinnerns dieser Kundmachung gelegen.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Nein; das ist bestimmt ein Mißverständnis. Wir werden diese Anregungen im Laufe der Zeit behandeln; sie sind übrigens ja im Finanz- und Rechtsausschuß zur Sprache gekommen.

Bitte, Herr Kollege Schanovsky:

Berichterstatter:

Stadtrat Hans Schanovsky:

Ha - 5774/54 Voranschlag 1955.

Meine Damen und Herren!

Wie alle Jahre, haben wir uns am Schlusse dieses Jahres mit dem Voranschlag für das kommende Jahr zu beschäftigen. Die Gemeindevertretung hat dem Magistrat einen Wirtschaftsplan zu geben und über diesen haben wir heute Beschluß zu fassen. Die Aufgaben für das Jahr 1955 sind noch grö-

ber als die des Jahres 1954. Es wurde ein Voranschlag ausgearbeitet, der, finanziell gesehen, einen Umfang erreicht, wie ihn die Stadt Steyr vielleicht relativ zur Bevölkerung gesehen noch nicht gehabt hat. Ich nehme vorweg, daß dieser Voranschlag insgesamt 100 Millionen Schilling übersteigen wird. Es ist dies aber auch ein Umfang, den wir, wie ich glaube, in der Zukunft nicht mehr erreichen werden. Es ergibt sich so für uns nur einmal die günstige Gelegenheit, einen solchen Voranschlag zu beraten. Die Einnahmen des Jahres 1954 haben einen Betrag erreicht, den wir in diesem Rechnungsjahre nicht mehr verausgaben konnten, und zwar dadurch, daß die Steyr-Daimler-Puch A. G. durch Bescheide veranlaßt wurden, Nachzahlungen auf die Gewerbesteuer zu leisten.

Diese Leistung zeigt uns wieder einmal eindringlich, wie die Stadt mit diesem großen Unternehmen verbunden bzw. von ihm abhängig ist. Nicht oft genug kann ausgesprochen werden: die Stadt lebt von der Beschäftigung dieser Fabrik — oder stirbt.

Eine große, ausgiebige Maßnahme hat unseren Voranschlag beeinflusst: Der Herr Finanzminister ist auf die Erträge der Gewerbesteuer eifersüchtig geworden und hat gegenüber den Vertretern des Städtebundes den Wunsch geäußert, sie nicht mehr als 100%ige Gemeindesteuer weiter zu belassen, sondern als Bundessteuer zu erklären. In Verhandlungen des Städtebundes mit dem Finanzministerium konnte aber dieses Ansinnen noch einmal abgewendet werden. Die Gewerbesteuer bleibt daher für das Jahr 1954 noch eine 100%ige Gemeindesteuer. Aber jene Gemeinden, die eine bestimmte Kopfquote an Gewerbesteuer überschreiten, müssen ein Opfer bringen dadurch, daß Ihnen von der Spitze über dieser Kopfquote 30 % zugunsten ärmeren Gemeinden weggenommen werden. Dem Sinne nach müssen wir diesen Umstand begrüßen, obwohl wir in starkem Maße leidtragend sind. Wir kennen nicht das Ausmaß, weil ja auch das Gewerbesteueraufkommen für 1955 nicht bekannt ist, sondern dieses von uns in dem Voranschlag nur schätzungsweise, und zwar sehr vorsichtig, eingebaut wurde.

Der Voranschlag für das Jahr 1955 ist in formeller Hinsicht entsprechend den vom BM. für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof erlassenen Richtlinien erstellt worden, gliedert sich in den ordentlichen Haushalt, den außerordentlichen Haushalt, den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, den Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr, einen Sonderhaushaltsplan für die Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit und für die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Weiters enthält er in einer Anlage die im Punkt VII des vorgenannten Richtlinienerlasses vorgeschriebenen Nachweise.

Der Voranschlag zeigt folgendes Ergebnis:

Der ordentliche Haushalt:

Einnahmen in der Höhe von	S 47.211.900.—
und Ausgaben in der Höhe von	S 47.211.900.—,
daher ausgeglichen.	

Der außerordentliche Haushalt:

Ausgaben in der Höhe von	S 51.350.000.—
u. auf der Einnahmenseite, gedeckt durch Entnahmen aus Rücklagen	S 40.000.000.—,
daher ein Abgang von	S 11.350.000.—.

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen sieht

Einnahmen in der Höhe von	S 2.446.300.—
und Ausgaben in der Höhe von	S 2.627.950.—,
daher einen Abgang von	S 181.650.—
vor.	

Zusammen betragen daher

die Ausgaben	S 101.189.850.—
die Einnahmen	S 89.658.200.—,
daher ein Abgang von	S 11.531.650.—.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der präliminierte Aufwand bis zu 89% durch Einnahmen ge-

deckt ist. Bei weiterem Anhalten der wirtschaftlichen Konjunktur besteht jedoch die Möglichkeit, im Laufe des kommenden Jahres für diesen Abgang vielleicht eine Deckung zu finden.

Der Stadtgemeinde ist es hierdurch möglich, noch intensiver an der bereits begonnenen schrittweisen Aufholung der großen Versäumnisse, die die Stadt leider noch immer auf dem kommunalen Sektor aufzuweisen hat, zu arbeiten. So sind allein für den Wohnungsneubau 23,3 Mill. Schilling vorgesehen, und zwar 18,9 Mill. S im außerordentlichen Haushalt, der Rest von 4,4 Mill. S im Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Hierdurch wird der wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot in diesem Budget besonders Rechnung getragen.

Für die Schaffung von neuen Schulräumen ist ein Kostenaufwand von 14 Mill. S im außerordentlichen Haushalt veranschlagt, und zwar 5 Mill. S für die Beendigung des Neubaus der Ennsleitschule samt Einrichtung, 6 Mill. S für den Umbau und Ausbau des Versorgungsheimes in der Sierninger Straße zur Unterbringung der gewerblichen Berufsschule und der Frauenberufsschule und 3 Mill. Schilling für die Aufstockung des Schulgebäudes in der Punzerstraße zur Gewinnung zusätzlicher Schulräume.

Für Sportplätze sind Bauraten in Höhe von 3,3 Mill. S, für die Schwimmbadanlage in Ramingsteg eine Baurate von 1,5 Mill. S und für den weiteren Ausbau der Wasserversorgungsanlage der Stadt 3 Mill. S vorgesehen.

Die Beendigung des Neubaus des Versorgungsheimes am Tabor und der Umbau des Altgebäudes samt Einrichtung erfordern noch 4 Mill. S und für die Schaffung neuer Räume für Kindergärten sind 450.000.— S veranschlagt.

Ein besonderes Augenmerk wird auch der Verbesserung des Straßennetzes zugewendet. Für den Umbau und Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen sind 3,8 Mill. S veranschlagt, und zwar 2,1 Mill. S im ordentlichen Haushalt und 1,7 Mill. S im außerordentlichen Haushalt. Hierzu kommen noch Aufwendungen für die laufende Instandsetzung von Straßen von 2,3 Mill. S. Auch das generelle Kanalisierungsprojekt wird in Angriff genommen und sind für Projektkosten, Vorarbeiten und Teilausbau 1,1 Mill. S veranschlagt.

Der ordentliche Haushalt mit seinen Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben von je S 47.211.900.— ist ausgeglichen. Die Reineinnahmen, also nach Abzug der Erstattungen zwischen den einzelnen Verwaltungszweigen und die Reinausgaben betragen je S 39.527.100.—.

Gegenüber dem Voranschlag 1954 ist daher bei den Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben eine Steigerung von 24,1 % zu verzeichnen, bei den Reineinnahmen und Reinausgaben eine solche von 27,3 %; die Erstattungen selbst stiegen um rund 9,1 %. Diese sind vor allem auf die erhöhte Inanspruchnahme von Leistungen durch den städtischen Wirtschaftshof zurückzuführen.

Der Voranschlag des ordentlichen Haushaltes wurde von der Einnahmenseite her erstellt und wurden die Ausgaben, entsprechend dem von den einzelnen anordnungsbefugten Dienststellen angemeldeten Bedarf mit den Einnahmen in Übereinstimmung gebracht. Bei der Präliminierung mußte insbesondere bei der Gewerbesteuer sehr vorsichtig vorgegangen werden, weil das Gewerbesteueränderungsgesetz und vor allem dessen Durchführungsbestimmungen hinsichtlich des abschöpfbaren Spitzenbetrages zur Zeit der Voranschlagstellung noch nicht bekannt sind.

An der Struktur der Einnahmen hat sich gegenüber den Vorjahren nichts geändert. Nach wie vor sind die Abgaben und Gebühren die Haupteinnahmequellen, deren Höhe stets von der wirtschaftlichen Konjunktur des einzigen Großbetriebs der Stadt abhängig ist. Die Abgaben und Gebühren sind im Jahre 1955 mit 34,1 Mill. S veranschlagt, somit um rund 30 % höher als im Jahre 1954. Während der Ertrag an Gewerbesteuer mit einer veran-

schlagten Höhe von S 21,372.000.— gegenüber 1954 eine Erhöhung von rund 71 % erfährt, mußte der Ertrag an Abgabenertragsanteilen zufolge Auswirkung der verhältnismäßig starken Finanzkraft der Gemeinde bei der Ermittlung von S 3,700.000.— des Jahres 1954 auf S 2,300.000.— im Jahre 1955 gesenkt werden.

Die eigenen Steuern werden bringen,	29,122.000.— S
die Abgabenertragsanteile	2,300.000.— S,
die Gebühren- u. Konzessionsabgaben	<u>2,690.000.— S;</u>
die Summe der Abgaben und Gebühren beträgt somit	34,112.000.— S

oder 72,3 % der Gesamteinnahmen.

Der gesamte Personalaufwand einschließlich der im städtischen Wirtschaftshof beschäftigten Arbeiter, jedoch ohne Personalaufwand der Städtischen Unternehmungen, ist mit S 12,527.400.— veranschlagt, das sind 26,5 % der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes gegenüber 25 % des Vorjahres.

Der Personalaufwand der Hoheitsverwaltung selbst, somit ohne des produktiven Lohn- und Gehaltsaufwandes des städtischen Wirtschaftshofes und des Wasserwerkes, jedoch einschließlich des Personalaufwandes für Schulen und Versorgungsanstalten und einschließlich der Ruhegehälter beträgt S 8,911.200.—, da sind 18,8 % der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes gegenüber 20 % im Vorjahr. Die Ruhegehälter betragen 10,2 % des gesamten Personalaufwandes.

Die in den Sammelnachweisen zusammengefaßten Aufwände für allgemeine Amtserfordernisse (Kanzleibedarf, Portogebühren usw.) sind mit S 501.400.— oder 1,07 % der Gesamtausgaben veranschlagt und jene für die Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenützungskosten (Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Erhaltungs- und Betriebskosten) mit S 2,753.700.— bzw. 5,8 % der Gesamtausgaben gegenüber 7 % im Vorjahr.

Daraus ist zu ersehen, daß trotz der erhöhten kommunalen Tätigkeit die eigentliche Verwaltungsregie nicht gestiegen ist. Die Verwaltung wird daher nach wie vor sparsamst geführt.

Zu den einzelnen Kapiteln wäre folgendes zu sagen:

Der ordentliche Haushalt ist, wie schon erwähnt, ausgeglichen.

Die Einnahmen verteilen sich auf die	
Abgaben und Gebühren	S 34,112.000.—
Mieten und Pachten	S 839.700.—
Zuschüsse u. Beiträge von Gebietskörperschaften	S 829.600.—
Ersätze und sonstige Einnahmen	S 3,745.800.—
Reineinnahmen von	S 39,527.100.—
Erstattungen	S 7,684.800.—
Gesamteinnahmen von	S 47,211.900.—

Die Ausgaben verteilen sich auf	
Pflichtausgaben, das sind Zahlungen auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder gültiger Verträge und bedingte Pflichtausgaben, das sind Leistungen, die dazu bestimmt sind, die bestehenden Einrichtungen in geordnetem Gang zu erhalten	
	S 26,866.200.—
Zuführungen an Rücklagen	S 2,129.900.—
Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge an Gebietskörperschaften	S 3,178.400.—
Einmalige Ausgaben	S 7,352.600.—
Summe der Reinausgaben	S 39,527.100.—
Summe der Erstattungen	S 7,684.800.—
Summe der Gesamtausgaben	S 47,211.900.—

Gruppe 0 „Allgemeine Verwaltung“:

Die Gesamteinnahmen der Allgemeinen Verwaltung sind mit S 403.500.— veranschlagt und stehen diesen Einnahmen Ausgaben in Höhe von Schilling 4.260.000.— gegenüber, sodaß der Zuschußbedarf S 3,856.500.— beträgt. Die Ausgaben betreffen fast ausschließlich nur pflichtgemäße Verwaltungsausgaben.

An einmaligen Ausgaben sind in diesem Kapitel S 237.000.— vorgesehen.

Gruppe 1 „Polizei“:

Auch diese Gruppe beinhaltet fast ausschließlich Pflichtausgaben. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben zeigen gegenüber dem Voranschlag 1954 keine wesentlichen Änderungen. Der Zuschußbedarf beträgt S 1,199.600.—. Der Polizeikostenbeitrag von S 736.400.— als größte Ausgabenpost dieser Gruppe blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Gruppe 2 „Schulwesen“:

Der Aufwand für das Schulwesen nimmt auch im Jahre 1955 einen breiten Raum ein. Die veranschlagten Ausgaben in dieser Gruppe des ordentlichen Haushaltes betragen S 4,718.200.—, die veranschlagten Einnahmen S 430.300.—, sodaß sich ein Zuschußbedarf von S 4,287.900.— gegenüber S 3,235.900 des Vorjahres ergibt.

Der Zuschußbedarf verteilt sich wie folgt:

Schulamt und Stadtschulrat	S 85.700.—
Volks- und Hauptschulen	S 2,581.100.—
Gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen	S 78.100.—
Städtische Handelsschule	S 304.000.—
Gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufsschule	S 676.400.—
Realgymnasium	S 365.800.—
Stadtbildstelle	S 8.000.—
Studien- und Lernbeihilfen	S 12.000.—
Jugend am Werk	S 176.800.—

Im außerordentlichen Haushalt sind für das Schulwesen Bauaufwände von 14 Mill. S veranschlagt, sodaß der Gesamtaufwand S 18,287.900.— beträgt, d. s. rund 18 % des Gesamtbudgets. Im besonderen sei darauf hingewiesen, daß für „Jugend am Werk“ Ausgaben in Höhe von S 376.000.— präliminiert sind, die zum Teil durch Beiträge des Bundes und Landes in Höhe von S 200.000.— gedeckt werden dürften.

Gruppe 3 „Kultur- u. Gemeinschaftspflege“:

Auch auf dem kulturellen Sektor ist eine namhafte Aufwandssteigerung zu verzeichnen. Die Ausgaben sind mit S 1,444.400 veranschlagt, denen Einnahmen von S 310.800.— gegenüberstehen, sodaß sich ein Zuschußbedarf von S 1,133.600.— gegenüber S 436.100.— des Vorjahres ergibt. Die Gastspiele des Landestheaters Linz, die einmal wöchentlich im Stadttheater Steyr abgehalten werden und sich eines guten Zuspruchs erfreuen, erfordern laufende Betriebsausgaben von S 289.000.—, die durch Eintrittsgelder in voraussichtlicher Höhe von S 110.000.— zum Teil gedeckt sind. Hiezu kommen noch bei Fortführung der Gastspiele im Theatergebäude unbedingt notwendige Adaptierungsarbeiten im Betrag von S 100.000.—. Weiters sind Planungskosten für den beabsichtigten Ausbau des Volkstheaters für Theaterzwecke von S 50.000.— veranschlagt. Der Zuschußbedarf für das Stadttheater beträgt demnach S 329.100.—.

In dieser Gruppe des Voranschlages ist noch ein neuer Unterabschnitt (325) für die Musikschule mit Ausgaben von S 233.800.— und Einnahmen von S 113.800.— vorgesehen. Die Fortführung der derzeit bestehenden Musikschule des Musikvereines Steyr ist aus finanziellen und technischen Gründen trotz Subventionierung gefährdet, aus welchem Grunde im Haushaltsplan der Gemeinde Vorsorge getroffen werden mußte, um den Fortbestand zu sichern.

Die Volkshochschule, eine wichtige Bildungsstätte, — sie weist über 600 Hörer auf — braucht einen Zuschußbedarf von S 63.000.—. Für das Museum sind neben dem laufenden Aufwand zusätzliche Kosten von S 170.000.— für das Eisenmuseum und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen vorgesehen.

Gruppe 4 „Fürsorgewesen u. Jugendhilfe“:

Auch der Aufwand für das Fürsorgewesen ist sehr beachtlich. Die veranschlagten Ausgaben betragen S 7,483.000.—, die Einnahmen S 3,321.800.—, sodaß sich ein Zuschußbedarf von S 4,161.200.— gegenüber S 3,816.700 des Vorjahres ergibt.

Unter Berücksichtigung der im außerordentlichen Haushalt veranschlagten Ausgaben von 4,4 Mill. S (Restbaurate für das Versorgungsheim II und für die Schaffung neuer Räume für Kindergärten) betragen die Gesamtausgaben für das Fürsorgewesen und Jugendhilfe S 11,933.000.—, das sind 11,8 % des Gesamtbudgets.

Die offene Fürsorge erfordert einen Zuschußbedarf von S 1,019.000.—, die geschlossene Fürsorge einen solchen von S 760.400.—, die verschiedenen Hilfsaktionen S 325.000.—; hierin sind Beträge für die Holz- und Kohlenaktion von S 160.000.— und für zusätzliche Wochenhilfe von S 65.000.— sowie für den Katastrophenfond von S 100.000.— vorgehen.

Die städtischen Kindergärten sind mit einem Zuschußbedarf von S 1,046.900.— veranschlagt, während der Aufwand für fremde Heime der Jugendhilfe und Fürsorgeerziehung S 387.000.— beträgt, einschließlich eines Aufwandes für die Lehrlingsfürsorge von S 150.000.—.

Gruppe 5 „Gesundheitswesen u. körperliche Erziehung“:

Das Gesundheitswesen wird der Stadt einen Kostenaufwand von S 297.000.— verursachen, der Sport einen solchen von S 250.300.—. Hiezu kommen noch zusätzlich, wie schon erwähnt, die im außerordentlichen Haushalt veranschlagten Ausgaben für den Teilausbau der Sportplätze in Münichholz und am Rennbahngelände von S 3,300.000.—.

Gruppe 6 „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“:

Die Gesamtausgaben für das Bau-, Wohnungs- u. Siedlungswesen im ordentlichen Haushalt betragen S 7,933.700.—, die Gesamteinnahmen S 1,254.000.—; der Zuschußbedarf beträgt daher S 6,679.000.—.

Von diesem Zuschußbedarf entfallen S 4,460.000.— für die Erhaltung und den Ausbau der Verkehrswege, das sind 66,7 %. Der gesamte Bauaufwand, sowohl der des ordentlichen als auch der des außerordentlichen Haushaltes beträgt S 29,373.700.—, das sind rund 30 % des Gesamtbudgets.

Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“:

In dieser Gruppe betragen die Gesamtausgaben S 11,359.800.—, die Gesamteinnahmen nur Schilling 7,032.500.—, daher ein Zuschußbedarf von Schilling 4,327.300.— gegenüber S 3,681.000.— im Jahre 1954.

Den erhöhten Aufwand gegenüber dem Voranschlag 1954 verursachen Ausgabenerhöhungen, vor allem die Straßenbeleuchtung durch erhöhte Stromkosten, die der Ausbau des Beleuchtungsnetzes verursacht, dann die präliminierten Neuanlagen und Verbesserungen des Beleuchtungsnetzes selbst. So sind für Kabelankauf und Ausgaben für Neuanlagen und Verbesserungen S 930.000.— vorgesehen. Auch die Straßenpflege (Straßenreinigung) erfordert rund S 100.000.— mehr als im Jahre 1954. Weiters ist für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft ein Betrag von S 100.000.— veranschlagt.

Die Müllabfuhr und das Wasserwerk, ebenso die Freibank und der Städt. Wirtschaftshof sind in ihrer Voranschlagsgebarung ausgeglichen und bedürfen daher keiner Zuschüsse.

Die wichtigsten Gebarungsergebnisse sind:

	Ausgaben	Einnahmen
	S	S
Straßenbeleuchtung	1,380.500.—	5.000.—
Straßenreinigung	650.000.—	10.000.—
Stadtentwässerung	670.000.—	12.000.—
Müllabfuhr	360.000.—	360.000.—
Feuerwehrwesen	567.800.—	

Planung eines Schlachthofes	100.000.—	
Freibank	186.000.—	135.000.—
(hierin ist eine einmalige Ausgabe von 50.000 S enthalten.)		
Park- und Gartenanlagen	415.600.—	5.000.—
Städt. Wirtschaftshof	5,550.300.—	5,299.800.—
(hierin sind einmalige Ausgaben v. 250.000 S enthalten.)		
Wasserversorgung	1,252.200.—	1,252.200.—

Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen“:

In dieser Gruppe sind die von den Städt. Unternehmungen zu entrichtenden Annuitäten in Höhe von S 201.000.— als Einnahmen und die Rückführung der zu zahlenden Tilgungsraten in Höhe von S 182.000.— als Ausgabe veranschlagt. Weiters ist eine Kapitalzuführung in Höhe von 1,500.000 S durch Ankauf von Omnibussen präliminiert. Insbesondere der Verkehrsbetrieb schließt seit einigen Jahren mit Verlust ab, und zwar deshalb, weil dem Unternehmen die Erhöhung des Fahrtarifes bisher verwehrt wurde und eine Kostendeckung durch Betriebseinsparungen nicht erreicht werden konnte. Dem Verkehrsbetrieb war es unmöglich, aus eigener Kapitalskraft den Fuhrpark zu erneuern; er mußte hiefür bei der Gemeinde Darlehen aufnehmen. Der Betrieb zehrt sozusagen seit einigen Jahren von der Substanz, ein Zustand, der über kurz oder lang zur Betriebseinstellung führen würde. Aus diesem Grunde ist die veranschlagte Kapitalzuführung als notwendig erachtet worden.

Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“:

Die Ziffern in diesem Kapitel werden sich folgendermaßen abwickeln:

Veranschlagte Einnahmen	S 34,114.900.—
Veranschlagte Ausgaben	S 6,440.800.—

Veranschlagter Überschuß S 27,674.100.—

Die Gebarungserfolge in den einzelnen Unterabschnitten dieser Gebarungsgruppe sind:

Das Stadtrechnungsamt	
bedarf eines Zuschusses von	S 468.000.—
das allgemeine Kapitalvermögen	
bringt einen Überschuß von	S 26.000.—
die Rücklagen	
erhalten einen Zuschuß von	S 1,000.000.—
der Schuldendienst kostet uns nur	S 3.500.—
die Liegenschaftsverwaltung	
bedarf eines Zuschusses von	S 290.900.—
der Hausbesitz	
bedarf eines Zuschusses von	S 360.800.—
der Grundbesitz	
bringt einen Überschuß von	S 1,008.000.—
das Stadtsteueramt	
bedarf eines Zuschusses von	S 233.700.—
die eigenen Steuern	
bringen einen Überschuß von	S 28,671.000.—
die Abgabenertragsanteile	
bringen einen Überschuß von	S 2,300.000.—
die Umlagen	
bedürfen eines Zuschusses von	S 1,850.000.—

Die Steuern sollen in gleicher Höhe wie im Vorjahr eingehoben werden. Sie sind wie folgt präliminiert:

Grundsteuer A und B	S 2,140.000.—
Gewerbsteuer	„ 21,372.000.—
Lohnsummensteuer	„ 3,900.000.—
Getränkesteuer	„ 870.000.—
Lustbarkeitsabgabe	„ 700.000.—
Hundesteuer	„ 40.000.—
Ankündigungsabgabe	„ 20.000.—
Verwaltungsabgabe	„ 80.000.—

Summe der eigenen Steuern S 29,122.000.—
Abgabenertragsanteile „ 2,300.000.—

Dies sind die Ziffern des ordentlichen Haushaltes.

Der außerordentliche Haushalt zeigt, wie schon eingangs ausgeführt, folgendes Ergebnis:

Gesamtausgaben	S 51,350.000.—
Gesamteinnahmen durch Entnahme aus Rücklagen	„ 40,000.000.—
Abgang	S 11,350.000.—

Der Abgang dürfte, wie schon vorher bemerkt wurde, bei weiterem Anhalten der wirtschaftlichen Konjunktur durch Mehreinnahmen und eventuelle Einsparungen im ordentlichen Haushalt wahrscheinlich seine Deckung finden, wobei auch mit Zuschüssen und Beiträgen des Bundes und Landes, insbesondere für die Vorhaben der Wasserversorgung und Kanalisation gerechnet werden kann. Jedenfalls können die geplanten Vorhaben nur soweit ausgeführt werden, als finanzielle Deckung vorhanden ist. Die veranschlagten Einnahmen von vierzig Millionen Schilling sind Entnahmen aus dem eigenen Vermögen (Rücklagen).

Der außerordentliche Haushalt sieht vor:

Eine Restrate für die Aufstockung des Seitentraktes des Rathauses	S 70.000.—
Zahlungsverpflichtungen für aus der Kriegszeit stammende Forderungen	„ 150.000.—
Für das Schulwesen einen Aufwand von	„ 14,000.000.—
und zwar für den Ausbau des Versorgungsheimes in der Sierningerstraße für Schulzwecke 6 Mill. S, für die Aufstockung der Schule in der Punzerstraße 3 Mill. S und für die Restabwicklung des Neubaus der Ennsleitenschule 5 Mill. S	
Für den Zubau beim Versorgungsheim am Tabor und den Umbau im Altgebäude wird ein Rest von aufgewendet werden.	„ 4,000.000.—
Für Kindergartenausbau	„ 450.000.—
für den Teilausbau v. Sportanlagen	„ 3,300.000.—
für den Wohnungsbau	„ 18,960.000.—
für den Um- und Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen	„ 1,680.000.—
für die Planung und Vorarbeiten der neuen Ennsbrücke	„ 200.000.—
an Beiträgen für Wasserbauten	„ 600.000.—
für die Planung u. Vorarbeiten eines generellen Kanalisationsprojektes	„ 460.000.—
für den Bau einer Schwimmbadanlage in Ramingsteg eine Baurate v.	„ 1,500.000.—
für die Renovierung u. Neuherstellung d. Leopoldbrunnens, Restrate	„ 80.000.—
für die Erweiterung des Wasserleitungsnetzes, Bauprogramm 1955	„ 3,000.000.—
für den Garagenneubau bei der Liegenschaft Hammermühle	„ 1,000.000.—
Baubeitrag zur Autobuswarte in Münchenholz, Bauabschnitt I	„ 70.000.—
für ein Investitionsdarlehen an die Gasversorgungsges. Steyr	„ 330.000.—
für den Ankauf von Liegenschaften	„ 1,500.000.—

Der Wirtschaftsplan des Städtischen Wirtschaftshofes sieht Einnahmen u. Ausgaben von S 5,299.800.— vor und ist somit hinsichtlich seiner Betriebsführung ausgeglichen. Zusätzlich sind noch einmalige Anschaffungen in Höhe von S 250.500.— veranschlagt.

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen zeigt folgendes Ergebnis:

Verkehrsbetrieb	Verlust von S 172.900.—
Reklame	„ „ „ 4.450.—
Bestattung	„ „ „ 4.300.—

Die Betriebsführung des Krematoriums und der Leichenhalle ist ausgeglichen.

Zur notwendigen Eigenkapitalstärkung des Betriebes ist im ordentlichen Haushalt eine Kapitalzuführung durch Ankauf von Omnibussen und Motoren in Höhe von S 1,500.000.—, wie vorhin bereits erwähnt, vorgesehen.

Im Voranschlag ist die Gebarung der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr mit Einnahmen und Ausgaben im Betrage von S 191.000.— ausgeglichen. Die von der Gemeinde zu

tragenden mittelbaren Leistungen sind wie im Vorjahr mit S 23.000.— veranschlagt.

Im Voranschlag ist außerdem noch der Sonderhaushaltsplan für die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr enthalten. Der Wirtschaftsplan hierfür sieht vor:

Aufwand:	
für Bauten	S 21,000.000.—
für die Hausbewirtschaftung	„ 244.500.—
für den Finanzaufwand	„ 135.500.—
die Aufwandssumme beträgt daher	S 21,380.000.—
Bedeckung:	
von Hausbewirtschaftung (Mieten)	S 380.000.—
Darlehen vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds	„ 3,300.000.—
Darlehen vom Landes-Wohn- und Siedlungsfonds	„ 600.000.—
Darlehen von der Stadtgem. Steyr	„ 16,000.000.—
Summe der Einnahmen	S 21,380.000.—

Der Wirtschaftsplan ist somit ausgeglichen.

Die Gemeinde verwaltet derzeit zwei selbständige Stiftungen, und zwar die Schiffmeister Reder'sche Jubiläumstiftung mit einem Stiftungskapital von S 6.525.64 und die Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung mit einem Stiftungskapital von S 41.993.36. Die Erträge aus diesen Stiftungskapitalien werden widmungsgemäß verwendet.

Anlagen:

a) Rücklagen:

Im Voranschlag sind im Nachweis über den Stand der Rücklagen und über Entnahmen aus Rücklagen und Zuweisungen an Rücklagen folgende Daten zu entnehmen:

Voraussichtlicher Rücklagenstand am 31. Dezember 1954	S 49,000.000.—
Zugang im Jahre 1955	„ 2,129.900.—
Abgang im Jahre 1955	„ 49,000.000.—
daher	S 51,129.900.—
	S 40,231.000.—

Daher wird der voraussichtl. Stand am 31. Dezember 1955 betragen. Dieser setzt sich zusammen aus einer

Betriebsmittlrücklage	S 1,059.000.—
Ausgleichsrücklage	„ 1,494.000.—
Erneuerungsrücklage	„ 3,032.300.—
Grunderwerbsrücklage	„ 99.000.—
Brückenbaurücklage	„ 5,000.000.—
allgem. Aufbaurücklage	„ 214.600.—

b) Schuldenstand:

Der Schuldenstand der Stadt beträgt zu Beginn des Jahres 1955	S 377.800.—
Abtilgung 1955	„ 6.800.—

Schuldenstand am 31. Dezember 1955 S 371.000.—

Der derzeitige Schuldenstand der Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, Ges. m. b. H., beträgt S 4,077.500.— u. zw. an den Bund S 2,615.500.— an das Land „ 1,084.200.—

Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist die Verwaltung mit einem Dienstpostenplan folgenden Ausmaßes vertreten:

Dienstpostenplan		Soll	Ist
Schema I	Beamtete Arbeiter	24	22
Schema II	Beamte	96	71
Schema III)			
Schema IV)	Vertragsbedienstete	319	304
	Lehrer	20	18
	Kollektivvertragsarbeiter	59	59
	Sonderverträge	1	1
	Vollbeschäftigte	519	475
	Nichtvollbeschäftigte		51

daher ein Personalstand von 519 526.

Sie haben zusammenfassend die Ziffern unseres Voranschlags gehört. Es liegt Ihnen der Haushaltsplan im Detail vor und will ich nur der Hoffnung Ausdruck geben: mögen sich alle diese Vorausschauungen erfüllen, dann glaube ich, kann die Gemeindevertretung mit ruhigem Gewissen sagen, sie hat ihre Verpflichtung voll erfüllt. Das städtische Kontrollamt möchte ich bitten, daß es so wie bisher die Gebarung aller Verwaltungsstellen prüft, insbesondere auf Wirtschaftlichkeit, Rentabilität, Ordnung und Sauberkeit, denn diese wurde uns auch in diesem Jahre vom Rechnungshof ausgesprochen.

Ich bitte um Annahme meines Antrages, den der Finanz- u. Rechtsausschuß wie folgt formuliert hat: „Der Gemeinderat wolle beschließen:

- I. Als Grundlage der Finanzgebarung der Stadtgemeinde Steyr für das Verwaltungsjahr 1955 wird der Voranschlag 1955 genehmigt u. zw.:

1. Der ordentliche Haushalt

a) mit Gesamteinnahmen von	S 47.211.900.—
und Gesamtausgaben von	S 47.211.900.—

Überschuß/Abgang —.—

b) mit Reineinnahmen von	S 39.527.100.—
und Reinausgaben von	S 39.527.100.—

Überschuß/Abgang —.—

2. Der außerordentliche Haushalt

mit Gesamteinnahmen von	S 40.000.000.—
und Gesamtausgaben von	S 51.350.000.—

Abgang S 11.350.000.—

3. Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen

mit Gesamteinnahmen von	S 2.446.300.—
und Gesamtausgaben von	S 2.627.950.—

Verlust S 181.650.—

4. Der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr

mit Gesamteinnahmen von	S 191.000.—
und Gesamtausgaben von	S 191.000.—

Überschuß/Abgang —.—

- II. Die Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltes können nur in dem Ausmaße durchgeführt werden, als eine Bedeckung gegeben ist. Die in den Sammelnachweisen Sp über den Personalaufwand, SN 1 über Allgemeine Amtserfordernisse und SN 2 über Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenutzungskosten zu verrechnenden Ausgaben werden als gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- III. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben und -gebühren werden gemäß § 10 FAG mit den gleichen Hebesätzen bzw. im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1954 erhoben.
- IV. Die Sonderhaushaltspläne über
 - a) Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, Ges. m. b. H.
 - b) Stiftungen
 werden genehmigt.“

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Ich danke dem Herrn Finanzreferenten für seine Ausführungen. Bitte, Herr Kollege Fellingner!

Stadtrat Josef Fellingner:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Ich halte es für notwendig, zu einem Punkt des Voranschlags für das Jahr 1955 eine Erklärung abzugeben, und zwar zur Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen“, welche eine Kapitalzuführung an die Städtischen Unternehmungen zur Anschaffung von Autobussen und Motoren im Betrage von 1,5 Millionen Schilling beinhaltet.

Ihnen, sehr verehrter Gemeinderat, sind die Rechnungsabschlüsse der Städtischen Unternehmungen der vergangenen Jahre bekannt. Desgleichen ist Ihnen der Voranschlag für das kommende Jahr bekannt. Sie alle sind mit einem Abgang abgeschlos-

sen worden bzw. beinhalten in ihren Voranschlägen einen Abgang. Es ist Ihnen auch bekannt, daß die Leitung des Unternehmens zur Deckung des Abganges eine Erhöhung der Tarife zum Vorschlag brachte. Ich glaube, es ist nicht notwendig, in die Details dieses Abganges näher einzugehen. Laufende Preiserhöhungen der Treibstoffe und der Betriebsmittel, eine wesentliche Erhöhung der Personalkosten durch Nachziehverfahren und nicht zuletzt eine Einbuße an der Zahl der vollzahlenden Fahrgäste haben zu oben erwähntem Abgang geführt. Die Möglichkeit von Einsparungen, soweit sie im Wirkungsbereich des Betriebes selbst liegen, sind von diesem voll ausgeschöpft worden. Es gibt nur drei Möglichkeiten, diesen Abgang irgendwie aus der Welt zu schaffen: die erste ist, den defizitären Verkehrsbetrieb einzustellen. Ich glaube, wir alle sind der Meinung, daß der Omnibusverkehr zwischen dem Stadtteil Münichholz und der Stadt selbst zu einem Teil einer kommunalen Aufgabe geworden ist, den wir unter keinen Umständen abschaffen und den wir uns nicht mehr wegdenken können. Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Tarife dem Aufwand anzupassen, das heißt, sie zu erhöhen. Sie haben selbst in Ihren Fraktionen über diese Möglichkeit beraten und sie als unzeitgemäß und derzeit den Benützern dieser Verkehrseinrichtung als nicht zumutbar bezeichnet. Es bleibt somit nur noch die dritte Möglichkeit. Diese besteht darin, daß wir es ebenso praktizieren, wie es die Verkehrsunternehmungen in anderen Städten machen, und zwar entweder Beträge aus anderen Betriebszweigen oder öffentliche Steuermittel zur Deckung des Defizites des Sektors Verkehr heranziehen. Ich will nur einen in der Nähe liegenden Vergleich als Beispiel anführen, und zwar einen Betrieb, dessen Führung nicht im Rahmen der kommunalen Unternehmungen aufgezählt werden kann, die ESG in Linz. Dieses Unternehmen deckt sein Defizit im Verkehrsbetrieb aus dem Erlös des Stromverkaufes; also auch eine Möglichkeit und eine Art, wie Teile der Bevölkerung, die nicht direkt die Verkehrsmittel benutzen, zur Deckung des Defizites aus diesem Betriebszweig herangezogen werden.

Wenn Sie dem von Herrn Stadtrat Schanovsky vorgetragenen Voranschlag Ihre Zustimmung geben, beschreiten auch wir diesen Weg. Wir wollen uns nicht für alle Zeiten an diesen Weg binden. Wir hoffen, daß durch die vorgesehene Kapitalverstärkung, die dem Ankauf von neuen Omnibussen dient, die finanzielle Basis des Unternehmens soweit verbessert wird, daß dadurch eine Ausgleichsbilanz erstellt werden kann; einmal dadurch, daß die neuen Omnibusse einen geringeren Betriebsaufwand verursachen und damit die Betriebskosten gesenkt, andererseits durch diese Maßnahme aber auch die Verkehrsbetriebe besser zum Wohle der Benutzer eingesetzt werden können. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß durch den geplanten Neubau der Garage (unmittelbar an der Fahrlinie selbst) Nebenkosten weitgehend eingespart werden können, was ebenfalls dazu beitragen wird, den Abgang zu verringern.

Sehr verehrter Gemeinderat! Erlauben Sie mir, daß ich im Anschluß an diese Erklärung die Gelegenheit nicht vorübergehen lasse, den Bediensteten der Unternehmungen, besonders aber den Fahrern, den Mechanikern und den Schaffnern, für die im Interesse des Betriebes gelegenen Bemühungen den Dank ausspreche. Wenn auch manches einer Kritik unterzogen wird, ich kann Sie eines versichern, daß jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten und Fähigkeiten sein Bestes tun wollte und tun wird. Ich bitte Sie, dem Budget, wie es Ihnen vorliegt und wie es Herr Stadtrat Schanovsky zum Vortrag gebracht hat und damit auch dem Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen Ihre Zustimmung zu geben.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Bitte, Herr Kollege Paulmayr!

Bgm.-Stellv. Franz Paulmayr:

Geschätzte Frau Kollegin, meine Herren!

Wir haben aus den eingehenden und instruktiven Ausführungen unseres Kollegen, des Herrn Stadtrates Schanovsky, dem wir sehr zu Dank verpflichtet sind für seine Arbeit, gründlichst noch einmal zu hören bekommen, welch gewaltiges Arbeits- und Wirtschaftsprogramm sich die Stadtverwaltung für das Jahr 1955 vorgenommen hat. In den diversen Vorbesprechungen, sei es in den Fraktionssitzungen, im Stadtrat oder im Finanz- und Rechtsausschuß usw. hat jedes anwesende Mitglied des Gemeinderates die Möglichkeit gehabt, zu diesem Voranschlag eine Stellungnahme zu beziehen. Ich halte es daher von unserer Seite aus nicht für notwendig, auf die Details noch einmal einzugehen. Ich habe gelegentlich der Beratung des Budgets 1954, das nicht annähernd so war wie das heurige, dasselbe als ein Weihnachtsgeschenk der Stadtverwaltung an die Bevölkerung der Stadt bezeichnet. Ich möchte diesen Satz wiederholen. Wenn Sie die heutigen Beträge anschauen, die für Wohnungszwecke aufgewendet werden, wenn Sie hören, daß die Stadt endlich ein Freibad bekommen soll, das dringend gebraucht wird, modern und für alle zugänglich sein wird, wenn Sie weiters sehen, welch gewaltige Summen für die Neuanlage und Erhaltung von Straßen, für Beleuchtungszwecke usw. aufgebracht werden, welch gewaltigen Aufwand der Fürsorgetat verlangt, so können wir wohl sagen: nur ein Ignorant kann dies ablehnen.

Daß alles dies beiträgt zur Hebung des Lebensstandes der Bevölkerung, daß diese Pläne zustandekommen können, ist aber nicht das Verdienst einer einzigen Partei in diesem Hause; nein, sondern es ist das Verdienst der Zusammenarbeit aller Fraktionen, die es fast durchwegs ermöglichte, einstimmige Beschlüsse zu fassen und ich stehe nicht an, zu erklären und ausdrücklich zu sagen, daß das Hauptverdienst an dieser Einmütigkeit unser Bürgermeister, Herr Ing. Steinbrecher, hat. (Allgemeiner starker Beifall.) Sehen Sie, meine Herren, ein altes Sprichwort heißt: der Ton macht die Musik. Ein offenes, vielleicht manchmal grobes Wort, zur richtigen Zeit gesprochen, keine Parteisturheit, keine Hinterhältigkeiten, ein richtiges Erleben der Kräfteverhältnisse in diesem Hause und vor allem aber die Achtung vor dem Charakter und dem Können des politischen Gegners, das sind die Grundelemente, die seit neun Jahren unsere Zusammenarbeit gewährleistet haben und um die uns viele Orte und Städte in ganz Oesterreich beneiden. Ich hoffe, daß die Arbeit für den Rest der Wahlperiode weiter so fortgesetzt werden kann.

Wir dürfen uns aber auch nicht überheblich fühlen deswegen, denn die Ursache dieses Budgets liegt ja nicht darin, daß lauter Zauberer hier sitzen, die so gescheit sind und das alles so wunderbar machen, aber auch nicht darin, daß die sehr geschätzten Herren Mandatäre die Briefftasche gezogen und hundert Millionen Schilling gesammelt haben — nein, die Ursache ist woanders: die Ursache dafür, daß wir diese Arbeit leisten können, ist der Aufbauwille, die Arbeitsfreudigkeit des überwiegenden Teiles der Bevölkerung dieser Stadt und sonst gar nichts anderes. Wenn Sie das bisher Geleistete betrachten und sich zurückerinnern bis zum Jahre 1947, so werden Sie sehen, daß vom kleinen Handwerker angefangen über den Gewerbetreibenden, den Fabrikanten, den Händler, vom kleinsten Hilfsarbeiter bis hinauf, sagen wir, zum Generaldirektor unseres Spitzenunternehmens, der Steyr-Werke, alle ihr möglichstes getan haben, arbeitsfreudig waren, und das Produkt ihrer Arbeitstätigkeit ist in Form von Steuern dasjenige, das uns ermächtigt, aufs neue Leistungen zu erbringen.

Ich danke im Auftrage meiner Fraktion und ich glaube, ich darf darüber hinaus im Namen des ganzen Hauses sprechen, der arbeitenden Bevölkerung von Steyr für ihre Arbeit.

In diesem Sinne wünsche ich namens meiner Fraktion allen Anwesenden ein gutes Weihnachtsfest, ein gutes neues Jahr, und erkläre, dem Budget unsere Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Bgm. Ing. Steinbrecher:
Bitte, Herr Kollege Neumann!
Bgm.-Stellv. Anton Neumann:

Werter Gemeinderat!

Der Berichterstatter hat die Höhe des Budgets unterstrichen und mit Recht betont, daß wir in der günstigen Lage sind, solche Summen für Arbeiten zu verwenden. Aber nicht die Höhe des Budgets allein charakterisiert meiner Meinung nach das diesmalige Budget. Alle jene Arbeiten, denen bisher unsere Sorge gegolten hat, können nicht nur im bisherigen Ausmaße fortgeführt, sondern auch mit erhöhten Mitteln bedacht werden. Neu aber ist, daß wir neben diesen unbedingt lebensnotwendigen Gebieten nun auch ein Gebiet mit etwas mehr Geld bedenken können, das dem Grunde nach, ich möchte sagen, dem materiellen Wert nicht nachsteht, aber doch gegenüber den unbedingten Lebensnotwendigkeiten etwas zurückgestellt werden mußte: das ist der kulturelle Sektor. Gerade hier ist es nun so erfreulich, daß die Beträge, die auf diesem Sektor zur Verwendung kommen sollen, eine ganz respektable Höhe erreicht haben. Der Versuch, mit dem Linzer Landestheater das Stadttheater Steyr zu bespielen, ist meiner Ueberzeugung nach gelungen. Die Abende erfreuen sich eines sehr guten Besuches. Das Interesse daran ist ein sehr großes. Nun muß ich aber allerdings sagen, daß wir über den Spielplan nicht frei verfügen können, sondern gezwungen sind, jene Stücke zu nehmen, deren Aufführung im Stadttheater möglich ist und die im Spielplan des Linzer Landestheaters enthalten sind. Wenn also die eine oder andere Seite an dem oder jenem Stück Kritik übt, weshalb es zur Aufführung kommt, so muß ich erklären, daß wir dies nicht ändern können. Die Geschmacksrichtungen sind so verschieden, daß, wie ich glaube, bei jedem Theaterstück, das gegeben wird, ein gewisser Teil auf seine Rechnung kommt, der andere Teil aber nicht.

Auch die Volkshochschule hat sich eingelebt. Wir haben im Wintersemester 38 Kurse mit 670 Hörern und schon jetzt langen wiederholt Anfragen ein, welche neuen Kurse im kommenden Semester beginnen werden; es werden auch schon laufend Anmeldungen für das neue Semester gemacht. Sie ist also zweifellos eine Einrichtung geworden, die aus dem Leben der Stadt gar nicht mehr wegzudenken ist.

Bezüglich des Eisenmuseums, für das ja auch ein Betrag von S 70.000.— ausgeworfen ist, möchte ich den Gemeinderat nur informieren, daß der Sensenhammer bis auf geringe Innenarbeiten und Herrichtung auf Glanz fertiggestellt ist, sodaß wir mit dem zweiten Teil der Aufgabe, der Einrichtung der geplanten Klingenschmiede, der Gabelschmiede usw. im Frühjahr die Arbeiten wieder fortsetzen werden. Das Interesse für dieses Unternehmen ist in den betreffenden wissenschaftlichen Kreisen ein sehr lebendiges.

Auf die anderen kulturellen Dinge will ich weiter nicht besonders eingehen. Bezüglich der Musikschule wurde erwähnt, daß der Stadt die unbedingte Pflicht erwachsen ist, hier einzugreifen und die Musikschule auf eine gesunde Basis zu stellen, welche nicht ein bloßes Vegetieren erlaubt, sondern die Entwicklung der Musikschule sichert. Mit zu den kulturellen Belangen zählt ja auch die geplante Errichtung des Freibades, auf dessen Notwendigkeit einzugehen nicht nötig ist. Es ist sicher, die Stadt ist finanziell außerordentlich günstig gestellt, aber es kommt nicht allein darauf an, daß Geld vorhanden ist, sondern auch auf die Verwendung der Mittel. Hier kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß unserer Meinung nach die Gelder, über die die Stadt verfügt, gut verwendet werden. Aus diesem Grunde gibt meine Fraktion die Zustimmung zu diesem Budget. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte um Annahme.
Bgm. Ing. Steinbrecher:
Bitte, Herr Kollege Moser!
Stadtrat August Moser:

Werter Gemeinderat!

Das Budget, das uns für 1955 vorliegt, ist der Ausfluß einer Konjunktur, die über das abschließende Jahr angehalten hat und voraussichtlich auch in der nächsten Zeit noch anhalten wird. Diese günstige Finanzentwicklung im allgemeinen hat der Gemeinde die Möglichkeit gegeben, ein Budget mit einem Umfange vorzulegen, das erfreulicherweise die Fortsetzung der Bautätigkeit der Gemeinde, die Errichtung von neuen Wohnbauten, Schulen, Kindergärten und eines Zentralaltersheimes ermöglicht. Bei all dem muß man feststellen, daß trotzdem eine vorsichtige Dotierung der Ausgabenposten vorgenommen wurde und dementsprechende Rücklagen vorgesehen sind. Ich sehe mich aber veranlaßt, einige Vorschläge zu unterbreiten, die im Haushaltsplan — soweit wir sehen konnten — nicht vorgesehen sind, obzwar sie in der letzten Finanzberatung vorgebracht wurden. Es ging auch aus den Ausführungen des Herrn Finanzreferenten nicht hervor, daß sie irgendwie berücksichtigt wurden. Ich wiederhole deshalb einige dieser Vorschläge, weil wir sie als vordringlich im Interesse der Bevölkerung halten.

Wir haben darauf verwiesen, daß es notwendig wäre, oberhalb des Plenkberges gegenüber der Schule ein Wartehäuschen zu errichten, weil die Leute, die dort auf den Autobus warten, jeder Witterungsunbill preisgegeben sind. Wir haben auch angeregt, den Weg, der über die zuletzt gebaute Ramingbachbrücke zum Lehmannhof führt (wo sich früher ein Steg befunden hat), auszubauen, weil die Steigung eine zu steile ist. Dieser Weg wird täglich von Hunderten von Leuten benützt und ist besonders für alte Leute sehr beschwerlich, noch dazu wenn eine Witterung eintritt, die Eisbildung mit sich bringt.

Weiters haben wir besonders darauf verwiesen — ich erinnere an die Anregungen, die wir schon zum Budget 1954 gemacht haben — daß es notwendig wäre, in Münichholz — genau genommen eigentlich in ganz Steyr — Kinderhorte zu bauen. Gerade in der letzten Zeit mehren sich die Vorschläge, Anregungen und Klagen, wenn ich all dies so zusammenfassen kann, daß Steyr wohl anerkanntenswerterweise Kindergärten, Schulen usw. baut, daß aber bisher keine Kinderhorte gebaut wurden, in denen sich jene Kinder, deren Eltern tagsüber in Arbeit stehen, in ihrer freien Zeit aufhalten können, um dort unter der Aufsicht von Personen ihre Schulaufgaben zu machen oder zu spielen. Wir glauben also, daß es vordringlich wäre, diesen Aufgaben näherzutreten, sie möglichst noch in den Haushaltsplan aufzunehmen oder aber aus den vorgesehenen Rücklagen beim weiteren Ausbau im kommenden Jahre zu berücksichtigen.

Vielleicht ist es ein Steckenpferd von mir, daß ich neuerdings darauf zurückkomme, aber ich möchte auch noch einmal auf die dringend nötige Verbreiterung der Haratzmüllerstraße im Stück von der Grenzgasse bis zum Pumpwerk hinweisen. Diese Arbeit wurde im abgelaufenen Jahr nicht berücksichtigt, obwohl wir wiederholt darauf gedrängt haben. Bei meiner diesbezüglichen Anregung im Vorjahre hat der Herr Finanzreferent erklärt, daß im Voranschlag eine Summe, ich glaube von Schilling 850.000.— für den Ausbau von Straßen vorgesehen ist und mit dieser Summe auch gedacht ist, dieses Straßenstück zu verbreitern. Diese Angelegenheit war im Laufe des Jahres wiederholt der Anlaß zu Beratungen in den verschiedensten Ausschüssen, weil dies wirklich ein Uebel ist, das abgestellt gehört, da es eine große Verkehrsunsicherheit hervorruft.

Der Herr Finanzreferent wird wahrscheinlich so wie in der letzten Finanzausschußsitzung wieder sagen, bitte, es ist ja auch heuer eine entsprechende Summe für den Ausbau von Straßen vorgesehen und in dieser Budgetpost ist auch diese Straßenverbreiterung inbegriffen; ich werde aber immer wieder den Ruf erheben und es im Laufe des Jahres nicht verabsäumen, immer wieder darauf

hinzuweisen, bis diese Arbeit auch tatsächlich durchgeführt worden ist.

Weiters möchte ich feststellen, daß die Gemeinde anerkanntenswerterweise auch sehr den Sport fördert und erkleckliche Summen für den Sport ausgegeben werden, sowohl für den Bau von Sportplätzen, einer Sporthalle, wie wir gehört haben wie auch für sportliche Durchführungen. Ich möchte hier auf eine Gruppe von Menschen hinweisen, die nicht mehr so in der Lage ist, so wie die „Großmacht Sport“ ihre Bedürfnisse geltend zu machen: Es sind dies die Rentner. Es gibt eine Reihe von Rentnern, die mit der bescheidenen Summe von S 280.— monatlich leben müssen. Bekanntlich werden ja die Fürsorgersätze vom Land gegeben, aber es ist den Gemeinden unbenommen, diese Sätze aus eigenem etwas zu erhöhen. Jeder weiß, wie es ist, wenn heute jemand mit der genannten Summe leben soll. Ich glaube, daß es Aufgabe gerade der Gemeinde wäre, nach Möglichkeit diese Sätze zu erhöhen, um den Alten das Leben noch etwas zu verbessern und zu verschönern. Dazu möchte ich noch sagen, daß das Land Tirol höhere Rentensätze gewährt und ich glaube, was in Tirol möglich ist, müßte auch in Oberösterreich möglich sein. Ich ersuche daher die Gemeindeverwaltung, beim Land ihren Einfluß geltend zu machen, aber soweit sie es kann, diese Richtsätze und ebenso das für die Gemeindebefürsorgten mit S 40.— festgelegte Taschengeld, und zwar letzteres auf S 50.— zu erhöhen.

Ich bin der Meinung, daß diese Wünsche, die ich im Interesse der alten Leute vorgebracht habe, sehr bescheidene Wünsche sind, um deren Erfüllung sich die Gemeindeverwaltung annehmen sollte, noch dazu, wenn so wie derzeit bestimmt auch die Mittel vorhanden sind.

Wenn ich dieser meiner Meinung Ausdruck gegeben habe, so habe ich mich nur von den Interessen und dem Wohle der Gemeindeangehörigen leiten lassen.

Wir als Linksblock glauben, ohne Überheblichkeit für uns in Anspruch nehmen zu können, daß wir durch sachliche Vorschläge, besonders was die Wohnbautätigkeit anbelangt, zu einer dementsprechenden Aufbauarbeit unseren erklecklichen Teil beigetragen haben. Es wurde von Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Neumann heute auch das Kulturbudget besonders erwähnt. Wir müssen feststellen, daß erfreulicherweise auch hier ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Ich möchte aber auf eine Seite, gewissermaßen auf die Antikulturseite, aufmerksam machen. Ich glaube, daß sich sowohl für die Gemeinde in ihrer Gesamtheit wie auch besonders für das Kulturamt die Aufgabe ergeben würde, mehr noch als bisher gegen die Schundfilme, die nach wie vor zur Aufführung kommen, in denen ein falsches Revolverheldentum propagiert wird und in denen es von Kriminalakten nur so wimmelt, die die Jugend auf den Weg des Verbrechens leiten, anzukämpfen. Das Gleiche gilt auch für die leider noch sehr weit verbreitete Schundliteratur. Ich könnte mir vorstellen, daß es nicht unwirksam wäre, wenn vom Kulturamte der Stadt aus von Zeit zu Zeit Schreiben an die Buchhandlungen und Geschäftsleute, die Schundliteratur oder Kriegsliteratur vertreiben, gerichtet würden, in denen diese aufmerksam gemacht werden, daß es nicht im Interesse einer sich aufwärts entwickelnden Bevölkerung und schon gar nicht im Interesse unserer Jugend gelegen ist, solche Werke zu verbreiten. Die Gemeinde sollte darüber hinaus über den Weg der Landesregierung oder auch der Regierung ihren Einfluß geltend machen, damit die amerikanischen Schundfilme in Zukunft ernster bekämpft und womöglich beseitigt werden.

Ich muß als Vertreter des Linksblockes und ich glaube, jeder Arbeitervertreter müßte hier mit einstimmen, eine Schande in Steyr aufzeigen. Gerade jetzt in der Zeit der Konjunktur, besonders jener der Steyr-Werke, die schon mehr als ein Jahr anhält, fahren Tausende von Arbeitern von

auswärts nach Steyr und finden hier Arbeit und Verdienstmöglichkeit. Es werden sehr viele Nicht-industriearbeiter vom Lande herbeigezogen, während gleichzeitig Hunderte von Steyrer Arbeitern, ich möchte fast sagen, geborene Industriearbeiter, Kinder von Steyrer Arbeitern und Facharbeitern nach auswärts fahren müssen, um dort ihr Brot zu verdienen und damit der Belastung einer doppelten Haushaltsführung ausgesetzt sind. Es sind dies jene, die nach dem Streik von 1950 entlassen wurden, obwohl — ich stelle dies ausdrücklich fest und jeder, der die Verhältnisse von damals kannte, wird es mir bestätigen müssen — in einer Urabstimmung 72 % der Arbeiter und Angestellten für eine Fortführung des Streiks gestimmt haben. Die Opfer aber sind einige hundert Arbeiter, fortschrittliche Arbeiter, Kommunisten, kommunistische Funktionäre usw., die man dafür entlassen hat. Man hat damals die Putschlüge geboren. Es ist erfreulicherweise festzustellen, daß gerade in den letzten Wochen von einem prominenten österreichischen Gewerkschaftsführer, dem sozialistischen Nationalrat Hillegeist, auf dem Gewerkschaftskongreß der Privatangestellten endlich mit dieser Lüge aufgeräumt wurde, der dort ausdrücklich erklärt hat, daß der Streik von 1950 nicht ein Putsch gewesen ist, sondern ein erbitterter Kampf gegen die Auswirkungen des 4. Lohn- und Preispaktes, durch den sich die Arbeiter und Angestellten benachteiligt gefühlt haben. Wenn dies einmal festgestellt ist und damit einer gewissen Hetze Abbruch getan wird, so glaube ich, daß es eine Aufgabe der gesamten Gemeindevertretung ist, ihren Einfluß geltend zu machen, daß alle Steyrer Arbeiter und Industriearbeiter auch wieder die Möglichkeit bekommen, hier in Steyr, an ihrem Wohn- und Geburtsort, an ihrem Lehr- und Arbeitsstätten, Arbeit zu finden. Es geht dies nicht an, daß man Menschen ihrer Gesinnung wegen verfolgt. Ich verweise auf einen Artikel im Tagblatt, das ich bei mir habe, und zwar auf die Diskussion anlässlich der Beratung des Landesbudgets, wo sich der sozialistische Landeshauptmannstellvertreter gegen einen gewissen Gesinnungszwang im Lande gegenüber den Straßenarbeitern und Landesangestellten zur Wehr setzt. So wird hier gesagt, daß dies so weit geht, daß Landesbeamte und -arbeiter es nicht einmal mehr wagen, eine andere Zeitung als die ÖVP-Zeitung zu lesen, weil sie sich überall bespitzelt fühlen wie in den Zeiten der Gestapo. Ich bin nicht in der Lage, dies persönlich zu überprüfen; ich nehme aber an, wenn dies der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Bernaschek sagt, daß er seine Begründung dafür hat. Aber so, genau so liegen die Dinge hier in Steyr und wenn man dort gegen einen Gesinnungszwang protestiert, dann müssen wir es auch hier tun. Ich habe momentan den Namen nicht in Erinnerung, aber es war ein sozialistischer Mandatar, der davon gesprochen hat, daß mehr Toleranz unter den Parteien und gegenüber den Gesinnungen sein müsse. Ich bin auch dieser Auffassung und appelliere deshalb an die Gemeindevertretung, mitzuhelfen, wieder allen, gleichgültig welcher Gesinnung und welcher politischen Auffassung sie sind, ihren Arbeitsplatz in Steyr sichern zu helfen. Abgesehen davon klagt man auf der anderen Seite, daß eine gewisse Landflucht vorhanden ist, ja gefördert wird durch die Einstellung von ausgesprochenen Landarbeitern, manchmal sogar Kleinbauern, die zuhause Gesinde beschäftigten und hier arbeiten, obwohl ich überzeugt bin, daß die Landflucht auch andere Ursachen sozialer Natur hat. Wir können jedenfalls nicht länger zusehen, wenn bodenständigen Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit im Werk verwehrt wird. Es würde uns sehr freuen, wenn die Gemeindeverwaltung hier ihren Einfluß geltend machen würde. Wir haben es wiederholt in den Ausschüssen gehört und es ist auch verständlich, wenn der Herr Bürgermeister sagt, daß wir bei der Anschaffung von Autobussen usw. die Steyr-Werke berücksichtigen müssen, nachdem wir gewisserma-

ßen auf Leben und Tod, auf Gedeih und Verderb mit diesem Betrieb verbunden sind. Wenn die Gemeinde bei ihren Bestellungen diesen Betrieb berücksichtigt, müßte aber auch der Betrieb einmal dazu verhalten werden, daß er nicht Arbeiter mit einem, ich möchte sagen, alttestamentarischen Haß verfolgt und ihnen für alle Zukunft die Möglichkeit nimmt, an ihrem Wohnort Arbeit zu bekommen, in manchen Fällen sogar, wie es vorgekommen ist, die Wohnstätte nimmt, sondern endlich einmal jedem Steyrer Arbeiter das Arbeiten an seiner Geburtsstätte ermöglicht.

Abschließend möchte ich sagen: All dies kann der Gemeinde nicht ganz gleichgültig sein, wir leben nicht außerhalb der Welt und es ballen sich im Weltmaßstab Wolken zusammen. Wir kennen die Weltgeschehen, die heute darüber entscheiden, ob Westdeutschland wieder auferüstet werden soll oder nicht und damit die Kriegsgefahr sich erhöht. Es werden viele mit Recht vielleicht denken, das gehört nicht hierher, wir können darüber nicht entscheiden und darauf keinen Einfluß nehmen. Wir glauben aber, daß die Gemeinden gegenüber der Regierung Einfluß nehmen können, daß wir als Österreich uns soweit als möglich aus diesen Geschehen heraushalten, daß die Regierung nicht, wie wir leider durch die Amerikareise des Herrn Bundeskanzlers feststellen konnten, den Aufrüstungsverträgen den Vorrang einräumt gegenüber dem Abschluß eines Staatsvertrages für Österreich. Wir haben es alle mitsammen zweimal erlebt, daß wir Weltkriege mitmachen mußten. Es sind auch innerhalb der SPÖ sehr ernste Stimmen laut geworden, gerade anlässlich des Urteiles des deutschen Bundesgerichtes bezüglich der österreichischen Staatsbürgerschaft, wo die Arbeiterzeitung nachträglich ernstlich verlangt hat, klarzustellen, ob wir Österreicher noch deutsche Staatsbürger sind. Bis heute ist diese Klarstellung nicht erfolgt. Ich möchte nochmals betonen, die Gemeinden leben nicht in luftleerem Raum und wenn die Mehrheit der österreichischen Gemeinden sich gegen diese Politik der Regierung wendet, so werden sie dort wohl auch gehört werden. Die Gemeinden sind nicht so einflußlos und was Gemeinden vermögen, dazu verweise ich nur auf ein geschichtliches Beispiel, daß im Jahre 1932 in Spanien durch die Gemeinderatswahlen die Monarchie gestürzt wurde.

Ich will damit nur sagen, daß die Gemeinden nicht ohnmächtig sind gegenüber den Entschlüssen der Regierung.

Zum Schlusse darf ich noch sagen: Wir stimmen für dieses aufbauende Budget, sowohl im ordentlichen wie im außerordentlichen Haushalt, weil wir in ihm eine ersprießliche Tätigkeit zum Wohle der gesamten Bevölkerung Steyrs sehen. Unsere Zustimmung gilt aber nicht dem uns noch immer von der Bundesregierung auferlegten Notopfer und den Ausgaben für die Polizei. Was die Polizei anbelangt, sind wir der Meinung, daß sie verbundlicht ist und daher auch der Bund die gesamten Kosten dafür tragen soll, weil er ja ohnehin bei den Gemeinden reichlich abschöpft.

(Beifall seitens des Linksblockes).

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Bitte, Herr Kollege Neumann!

Bgm.-Stellv. Anton Neumann:

Bezüglich der Anregungen, die Herr Kollege Moser gegeben hat, möchte ich nur erwähnen, daß die Stadt und wir selbst verhältnismäßig wenig tun können zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. Diese Maßnahme müßte im wesentlichen vom Landesschulrat ausgehen; er hat gesetzlich das Recht, diese Anregungen zu stellen. Wir können aber in anderer Beziehung dagegen ankämpfen und zwar in einer Form, die ich für die aussichtsreichere halte: nicht durch Verbote, sondern dadurch, daß wir Besseres an die Jugend herantragen. So wollen wir im Jänner wiederum, so wie es im vergangenen Jahre der Fall war, Schülerkonzerte für die verschiedenen Schulen

Steyrs geben und auf dem Gebiete des Films soll die Vorführung von Kulturfilmen mehr in Schwung gebracht werden. Ich bin für kommenden Donnerstag zu einer Besprechung eingeladen, welche die Organisation der Vorführung von Kulturfilmen in Steyr zum Gegenstand haben soll. Hoffentlich gelingt es uns auf diese Weise, die Jugend von diesen gefährlichen Dingen abzulenken und zu Besseren hinzuführen.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Bitte, Herr Kollege Schanovsky!

Stadtrat Hans Schanovsky:

Herr Gemeinderat Moser, soweit Sie die Posten des Budgets kritisiert bzw. Anregungen gemacht haben, betreffen sie die Verkehrsverhältnisse, die Errichtung eines Wartehäuschens in Münichholz, die Regulierung des Gehweges zum Stadtteil Münichholz vom Münichholzweg aus und die Verbreiterung der Haratzmüllerstraße. Sie haben Ihre Einwendungen schon bei den Beratungen im Finanzausschuß vorgebracht. Sie sind in Vormerkung genommen worden. Eine Berücksichtigung können sie finanziell im Voranschlag auf Seite 73, Post 512 finden, wo eine Post „Ausbau bestehender Straßen“ mit S 1.700.000.— vorgesehen ist. Diese Summe darf nur über besondere Anträge im Stadtrat verausgabt werden und darunter fallen auch diese Anregungen. Was die Errichtung von Kinderhorten betrifft, so ist im Budget auch bereits ein Anfang gemacht worden. Sie finden auf Seite 61, Post 97 die Errichtung eines Kinderhortes im Kindergarten Puschmannstraße mit S 50.000.— veranschlagt.

Es ist das nur ein Anfang, aber Sie sehen, auch darauf wurde schon bedacht genommen.

Was die Erhöhung der Richtsätze und des Taschengeldes für die Rentner betrifft, so glaube ich, wird sich der Fürsorgeausschuß mit dieser Frage beschäftigen und die nötigen Überprüfungen anstellen.

Ansonsten kann ich nur die erfreuliche Feststellung machen, daß alle Parteienvertreter die Zustimmung zu diesem Voranschlag, der große Ausgaben vorsieht und bestimmt die Wirtschaft Steyrs positiv beeinflußt, gegeben haben.

Bgm. Ing. Steinbrecher:

Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über den Voranschlag getrennt abstimmen.

Bitte, wer für den vorgeschlagenen ordentlichen Haushalt ist, zum Zeichen der Zustimmung die

Hand zu erheben: Alle anwesenden Gemeinderatsmitglieder.

Gegenprobe: keine.

Ich konstatiere die einstimmige Annahme. Bitte, wer für den außerordentlichen Haushalt stimmt, ebenfalls die Hand zu erheben: Alle anwesenden Gemeinderatsmitglieder.

Gegenprobe: keine.

Auch hier ist einstimmige Annahme gegeben.

Werter Gemeinderat, wir sind am Ende der Sitzung. Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich noch dem Herrn Finanzreferenten bestens für seine Arbeit danken, ebenso dem Herrn Oberamtsrat Baminger, Herrn Direktor Liska, Herrn Baudirektor und nicht zuletzt unserem Herrn Magistratsdirektor. Wenn ich hier einige Namen genannt habe, so soll dies nur symbolisch gelten; ich will allen Beamten der Stadtgemeinde für die wirklich anstrengende Tätigkeit des vergangenen Jahres bestens danken.

Mit der Annahme dieses Voranschlages sind wir alle, sowohl die Verwaltung wie auch Sie, wer te Damen und Herren, vor neue, größere Aufgaben gestellt. Das Jahr 1954 hat viel Neues gebracht und es wurde sehr viel geleistet. Im Jahre 1955 werden die Aufgaben größer sein. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Gemeindeverwaltung, der Gemeindebetrieb, das zweitgrößte Unternehmen in Steyr ist, umsatzmäßig wie auch personalmäßig; also ein ganz außerordentlicher wirtschaftlicher Faktor. Abgesehen von den Löhnen und Gehältern, Subventionen und Unterstützungen, die in Steyr verbraucht werden, geben wir uns alle Mühe, daß die großen Summen der Bauvorhaben dieser Schlüsselindustrie im heimischen Gewerbe, dem heimischen Handel und den heimischen Arbeitsplätzen zugute kommen. So wollen wir es auch in Zukunft halten.

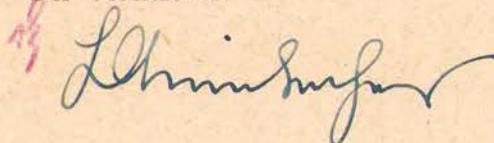
Die finanzielle Lage der Stadt ist günstig. Wir wollen nicht übermütig werden, das Vordringliche zuerst schaffen und sparsam, fleißig und korrekt weiterarbeiten, unsere Nerven nicht in gegenseitigem Gezänke verbrauchen und wir glauben, daß wir so der Stadt Steyr und unserer Bevölkerung am besten nützen. Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre sachliche Mitarbeit und für die für mich erfolgte Anerkennung. Ich habe nur meine Pflicht erfüllt und werde es auch künftig tun.

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Familien ein gutes neues Jahr.

(Allgemeiner starker Beifall).

Schluß der Sitzung: 17.40 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollprüfer:



Der Schriftführer:

